

Kurzbericht

Kulturausschuss

(18. - öffentliche - Sitzung am 17. November 2023)

Tagesordnung:

1. a) **Digitalisierung als Chance - die Rahmenbedingungen für die digitale Schule jetzt verbessern!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/877](#)

dazu: Eingabe 00224/04/19

- b) **Digitalisierung an Schulen landesweit gerecht voranbringen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

[Drs. 19/2753](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer seiner nächsten Sitzungen. Unter anderem soll dabei auch auf den aktuellen Sachstand zum DigitalPakt 2 sowie auf das Projekt „Smarte Schulverwaltung Niedersachsen“ eingegangen werden.

2. **Klassenräte als demokratisches Gremium an Niedersächsischen Schulen einführen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2233](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer seiner nächsten Sitzungen.

3. **Entwicklungsmöglichkeiten durch mehr Freiräume - Schulen zukunftsfähig aufstellen, Beteiligte entlasten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2466](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer seiner nächsten Sitzungen. Insbesondere soll dabei auf den aktuellen Sachstand hinsichtlich des Freiräume-Prozesses, das Modellprojekt „Zukunftsschule“, Projektunterricht wie den „FREI DAY“, das Projekt „Schule im Aufbruch“ und vergleichbare Initiativen eingegangen werden.

4. **Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen ausbauen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2711](#)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Thema in einer seiner nächsten Sitzungen. Ferner nimmt er in Aussicht, sich - voraussichtlich in Oldenburg - Best-Practice-Beispiele vor Ort anzusehen; dazu soll ein Austausch am Rande des Dezember-Plenums erfolgen.

Außerhalb der Tagesordnung:

Auf Anregung der CDU-Fraktion bittet der Ausschuss die Landesregierung um eine Unterrichtung zu den Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten auf Schulen in Niedersachsen. Dabei soll insbesondere die Frage behandelt werden, inwieweit es gegenwärtig zu Konflikten und zu Antisemitismus an Schulen kommt. Ferner soll auf die von der Kultusministerin angesprochene Erweiterung des Unterstützungs- und Beratungsangebotes für Lehrkräfte und Schulen - Bereitstellung von Unterrichtsmaterial, Ansprechpartner in Konfliktsituationen - eingegangen werden.

Der Ausschuss kommt zudem überein, sich in seiner nächsten Sitzung weiter über eine Parlamentarische Informationsreise auszutauschen.